

Antrag

Fraktion der SPD
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 06.09.2016

Wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlichen Wohlstand umfassend messen - Informationsgrundlage für Entscheidungen verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) hat heute eine wesentliche Aufgabe für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger als Informationsgrundlage für konjunkturelle und wirtschaftspolitische Entwicklungen und spielt bei Entscheidungen eine bedeutende Rolle. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die wichtigste Größe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Allerdings haben VGR und BIP nur eine sehr begrenzte Aussagekraft, weil sie ausschließlich die zu Marktpreisen bewertete Produktion von Waren und Dienstleistungen berücksichtigen. Ausgeschlossen sind bislang der Wert von Freizeit und Ehrenamt, die Einkommens- und Vermögensverteilung, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger sowie die Folgen der Produktion auf die Umwelt einschließlich des Ressourcenverbrauchs. Eine für die aktuellen Herausforderungen geeignete Messung müsste neben den ökonomischen auch ökologische und soziale Aspekte beinhalten, um ein ganzheitliches Abbild des gesellschaftlichen Wohlstands und der Umwelt darstellen zu können und als Entscheidungsgrundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes dienen zu können.

Im Zuge der Suche nach einer in diesem Sinne umfassenderen Definition für Wachstum und Wohlstand fanden in den letzten Jahren in Deutschland folgende Entwicklungen statt:

- Ende 2010 beauftragte der Bundestag (Drucksache 17/3853) die Bundesregierung, im Rahmen einer Enquete-Kommission „Einflussfaktoren von Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt angemessen“ zu berücksichtigen „und zu einem gemeinsamen Indikator“ zusammenzuführen. Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ einigte sich im Jahr 2013 mit ihrem Abschlussbericht (Drucksache 17/13300) darauf, dass das BIP als alleiniges Maß zur Bewertung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand nicht ausreichend ist. Auf ein Indikatorenmodell zur Messung des Wohlstandes konnte man sich hingegen nicht verständigen.
- Bereits im Jahr 2009 förderte das Bundesumweltamt eine Pilotstudie zum Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI). Der NWI berücksichtigt 21 Kriterien. Komponenten wie Hausarbeit oder Ehrenamt werden dabei positiv bewertet, Umweltbelastungen, Flächen- und Ressourcenverbrauch hingegen negativ. Die Pilotstudie fand seither in verschiedenen Bundesländern Anwendung in Form Regionaler Wohlfahrtsindizes (RWI) wie in Hamburg, Thüringen, Bayern, Schleswig-Holstein und Sachsen. Die bereits vorliegenden Untersuchungen zeigen eindrücklich, dass Wachstum nicht automatisch bedeutet, dass der Wohlstand der Gesellschaft gestiegen ist. Nach dem „Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI): 2000 - 2010“ des Bundesumweltamtes stieg beispielsweise das BIP deutschlandweit um 5 %, während der NWI um 4 % sank. Gleiches gilt für die Hamburger Untersuchung; wenn man hier einen Grundwert von 100 im Jahr 2000 festlegt, dann stieg das BIP bis 2011 preisbereinigt auf den Wert von 103, der RWI sank hingegen auf 97.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. unterstützend zur niedersächsischen Nachhaltigkeitsstrategie einen Index oder ein Set von Indikatoren zu entwickeln, das die gesellschaftliche Wohlstandsentwicklung einschließlich der Auswirkungen auf Umwelt und Ressourcenverbrauch möglichst umfassend misst,

2. dazu die Zusammenarbeit und den Austausch mit wissenschaftlichen Expertinnen und Experten und Institutionen und mit denjenigen Bundesländern zu intensivieren, die bereits über einen Regionalen Wohlfahrtsindex verfügen,
3. einen öffentlichen Diskurs zu entwickeln, der diese Indikatoren bzw. den regionalen Wohlfahrtsindex Niedersachsen in den Kontext weiterer Debatten um ein Maß für gesellschaftlichen Wohlstand und nachhaltige Entwicklung stellt.

Begründung

Wenn ein Land sparsam mit seinen Ressourcen umgeht und durch sozialen Ausgleich oder Chancengleichheit in der Bildung für allgemeinen Wohlstand sorgt, anstelle auf maximalen Gewinn zu setzen, belohnt der bisherige Wertindex, das BIP, dieses für Unternehmen, Umwelt und Mensch nachhaltig sinnvolle Wirtschaften und Entscheidungen nicht.

Denn der Verbrauch, die Produktion und der Verkauf von endlichen Ressourcen lassen das BIP steigen, Ressourceneffizienz hingegen kann es sinken lassen. Volkswirtschaftlich und ökologisch verursacht aber ein üppiger Ressourcenverbrauch hohe Folgekosten. Das BIP ist blind, was ökologische und auch soziale Kosten betrifft. Der 60 Jahre alte Indikator für Wachstum ist nicht in der Lage, auf die neuen Herausforderungen in der heutigen Zeit einzugehen. Angesichts der Endlichkeit unserer Ressourcen und angesichts des Klimawandels ist es aber sinnvoll, dass eine Wachstumsdefinition Energie- und Ressourceneffizienz umfasst, abbildet und den schonenden Umgang mit Sicht auf ein tragfähiges Wirtschaften auch in der Zukunft belohnt.

Aber auch der aktuelle Wohlstand einer Gesellschaft lässt sich über das BIP nicht zweifelsfrei ermitteln. So kam die Enquete-Kommission zu dem Schluss, dass der ehemals feste Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wohlstand für unsere Zeit nicht mehr eindeutig gegeben sei. Hamburg vermeldete dazu passend nach Abschluss des RWI für die Hansestadt, die Stadt sei „auf den ersten Blick reicher geworden“, tatsächlich aber war die Wohlfahrt gesunken (*taz*, 08.05.2014).

Wenn wir am BIP als einzigem Index festhalten, bleiben externe Kosten genauso unberücksichtigt wie Einblicke in notwendige Handlungsoptionen. Für eine langfristige Stärkung der Volkswirtschaften braucht es einen Indikator oder ein Indikatoren-Set, welches aufzeigt, was zum nachhaltigen Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand beiträgt und was Schaden verursacht.

Für die Fraktion der SPD

Johanne Modder
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Anja Piel
Fraktionsvorsitzende